

Synopse Nachtrag II zum Taxireglement (sRS 713.1)

vom 27. September 1994

gegob_sssi_10.06.2014

Der Grosse Gemeinderat erlässt gestützt auf Art. 5 des Gemeindegesetzes vom 23. August 1979 als Reglement:

Geltende Fassung		Neue Fassung	
	A Begriff und Arten von Taxi		
Begriff	Art. 1 Als Taxi im Sinne dieses Reglements gelten leichte Motorwagen zum gewerbsmässigen Personentransport.		
Arten von Taxi	Art. 2 Die Taxi werden den Kategorien A und B zugeteilt.		Art. 2 (Abs. 2 neu) ¹ Die Taxi werden den Kategorien A und B zugeteilt. ² Als A-Taxis sind nur Personenwagen zugelassen.
	B Betriebsbewilligungen für Taxi		
Bewilligungspflicht	Art. 3 ¹ Wer auf Stadtgebiet einen Taxibetrieb führen will, benötigt eine Betriebsbewilligung. Diese ist persönlich und nicht übertragbar. ² Es werden Betriebsbewilligungen A und B ausgestellt. ³ Für die Dauer von Festanlässen, Ausstellungen und dergleichen können befristete Betriebsbewilligungen A erteilt werden.		Art. 3 ¹ Wer auf Stadtgebiet einen Taxibetrieb führen will, benötigt eine Betriebsbewilligung. Diese ist persönlich und nicht übertragbar. ² Ortsfremde Schweizer Taxibetriebe benötigen eine Zusatzbewilligung, um ihre Tätigkeit in der Stadt St.Gallen von der Hauptniederlassung aus oder mit einer Zweitniederlassung in St.Gallen auszuüben. ³ Es werden Betriebsbewilligungen A und B ausgestellt.
Umfang/Inhalt der Betriebsbewilligung	Art. 4 ¹ Die Betriebsbewilligung A berechtigt zur Benützung der öffentlichen Standplätze. ² Inhaber und Inhaberinnen der Betriebsbewilligung B sind nicht befugt, öffentliche Standplätze zu benutzen. ³ In der Betriebsbewilligung wird die Zahl der betriebenen Fahrzeuge verbindlich festgehalten. Wird die angegebene Zahl unterschritten, so ist die Betriebsbewilligung spätestens nach Ablauf von drei Monaten der Zahl der tatsächlich betriebenen Fahrzeuge anzupassen.		
Bewilligungsvoraussetzungen a) Natürliche Personen	Art. 5 ¹ Eine Betriebsbewilligung wird erteilt, wenn der Bewerber oder die Bewerberin a) das Schweizer Bürgerrecht oder die Niederlassung in der Schweiz besitzt; b) handlungsfähig ist; c) Gewähr bietet für eine einwandfreie Erfüllung der übernommenen Tätigkeit, insbesondere für eine vorschriftsgemässe Geschäftsführung.		

	² Für die Erteilung einer Betriebsbewilligung A muss der Bewerber oder die Bewerberin zusätzlich a) den Geschäftssitz in der Stadt St.Gallen haben; b) allein oder gemeinsam mit anderen Bewilligungsinhabern oder -inhaberinnen Gewähr für einen 24stündigen Bestell- und Transportdienst während des ganzen Jahres bieten.			a) aufgehoben
b) Gesellschaften	Art. 6 Bewirbt sich eine Gesellschaft des Privatrechts um eine Betriebsbewilligung, so müssen die persönlichen Voraussetzungen durch die für den Taxibetrieb verantwortlichen Organe der Gesellschaft erfüllt sein. Personelle Wechsel der verantwortlichen Organe sind zu melden.			
Dauer der Betriebsbewilligung	Art. 7 Betriebsbewilligungen gelten für die Dauer der Berufsausübung.			
Entzug der Betriebsbewilligung	Art. 8 ¹ Die Betriebsbewilligung wird entzogen, wenn die für die Erteilung der Bewilligung erforderlichen Voraussetzungen nicht mehr erfüllt sind. ² Die Betriebsbewilligung kann entzogen werden, wenn gegen eidgenössische, kantonale oder städtische Vorschriften schwer oder wiederholt verstossen wird.			
Begrenzung der Zahl der A-Taxi und der Betriebsbewilligungen A	Art. 9 Der Stadtrat kann die Gesamtzahl der A-Taxi und die Zahl der Betriebsbewilligungen A begrenzen, wenn verkehrspolizeiliche Gründe dies erfordern.			
Pflichten des Inhabers oder der Inhaberin einer Betriebsbewilligung	Art. 10 ¹ Taxi dürfen nur durch Chauffeure und Chauffeusen gemäss Art. 13 geführt werden. ² Der Inhaber oder die Inhaberin der Bewilligung hat dafür zu sorgen, dass die Chauffeure und Chauffeusen die für ihre Tätigkeit massgebenden Vorschriften einhalten.		Pflichten der Inhaberin oder des Inhabers einer Betriebsbewilligung	Art. 10 ¹ Taxis dürfen nur durch Fahrerinnen oder Fahrer gemäss Art. 13 geführt werden. ² Die Inhaberin oder der Inhaber der Betriebsbewilligung hat dafür zu sorgen, dass die Fahrerinnen oder Fahrer die für ihre Tätigkeit massgebenden Vorschriften einhalten.

	C Benützung des öffentlichen Grundes			
Standplätze	<p>Art. 11</p> <p>¹ A-Taxi dürfen im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften zur Entgegennahme von Fahraufträgen auf öffentlichem Grund aufgestellt werden. Vorbehalten bleibt Art. 12.</p> <p>² Im übrigen bestimmt der Stadtrat Ort und Zahl der Standplätze, auf denen A-Taxi aufgestellt werden dürfen.</p> <p>³ Standplätze für A-Taxi können errichtet werden, wenn ein öffentliches Bedürfnis besteht, geeignete Standflächen zur Verfügung stehen, die Verkehrsverhältnisse es gestatten und keine überwiegenden öffentlichen Interessen entgegenstehen.</p> <p>⁴ Für die Dauer von Festanlässen, Ausstellungen und dergleichen können zusätzlich Taxistandplätze bestimmt werden.</p>			
Einschränkung	<p>Art. 12</p> <p>In dem vom Stadtrat festgelegten Gebiet der Innenstadt ist das Aufstellen von Taxi auf öffentlichem Grund ausserhalb der Standplätze verboten.</p>			
			Rechte ortsfremder Schweizer Taxi	<p>Art. 12bis (neu)</p> <p>Ortsfremde Schweizer Taxibetriebe, die an ihrem Herkunftsort rechtmässig Taxidienstleistungen erbringen, dürfen ohne Zusatzbewilligung gemäss Art. 3 Abs. 2 in St.Gallen folgenden Tätigkeiten ausüben:</p> <p>a) Kundschaft auf Bestellung abholen und an einen beliebigen Zielort transportieren.</p> <p>b) Nach Beförderung von Kundschaft in die Stadt auf dem direkten Rückweg neue Kundschaft auf Begehren hin aufnehmen und an einen Zielort ausserhalb der Stadt transportieren.</p>
	D Chauffeure und Chauffeusen			D Fahrbewilligungen
Bewilligungsvoraussetzungen	<p>Art. 13</p> <p>¹ Wer als Chauffeur oder Chauffeuse eines Taxi tätig sein will, bedarf einer Bewilligung und muss einen den eidgenössischen Vorschriften entsprechenden Führerausweis besitzen.</p> <p>² Die Bewilligung wird erteilt, wenn sich der Bewerber oder die Bewerberin in einer Fachprüfung erfolgreich über</p> <p>a) gute Ortskenntnisse,</p> <p>b) ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache und</p> <p>c) die Kenntnis der Vorschriften über das Taxiwesen ausweist.</p>		Bewilligungspflicht	<p>Art. 13</p> <p>¹ Wer auf Stadtgebiet als Fahrerin oder Fahrer eines Taxis tätig sein will, benötigt eine Fahrbewilligung.</p> <p>² Das Fahrpersonal ortsfremder Schweizer Taxibetriebe benötigt eine Zusatzbewilligung für das Fahren in der Stadt St.Gallen.</p>

			Bewilligungs- voraussetzungen	Art. 13bis (neu) Eine Fahrbewilligung wird erteilt, wenn die Bewerberin oder der Bewerber a) den eidgenössischen Führerausweis für den berufsmässigen Personentransport besitzt; b) Gewähr für eine einwandfreie Berufsausübung bietet; c) ausreichende Deutschkenntnisse nachweist; d) in einer Fachprüfung gute Ortskenntnisse nachweist; e) die Kenntnis der Vorschriften über das Taxiwesen nachweist.
			Entzug der Fahrbewilligung	Art. 13ter (neu) ¹ Die Fahrbewilligung wird entzogen, wenn begründete Zweifel an der einwandfreien Berufsausübung bestehen. ² Die Fahrbewilligung kann entzogen werden, wenn gegen eidgenössische, kantonale oder städtische Vorschriften schwer oder wiederholt verstossen wird.
Fahrtenkontrolle	Art. 14 Über sämtliche entgeltlichen Fahrten ist eine Kontrolle zu führen. Sie ist im Dienst stets mitzuführen und den polizeilichen Kontrollorganen auf Verlangen vorzuweisen.			
Beförderungspflicht	Art. 15 ¹ Während des Dienstes haben A-Taxi jedem Fahrtbegehren auf die gewünschte Zeit Folge zu leisten, sofern nicht eine zeitlich damit zusammenfallende anderweitige Bestellung auszuführen ist. ² Die Beförderung von Personen sowie von Tieren und Waren kann verweigert werden, wenn der Transport aus Hygiene- oder Sicherheitsgründen nicht zugemutet werden kann.			
	E Strafbestimmungen			
Strafen	Art. 16 ¹ Wer den Vorschriften dieses Reglements oder dem Reglement zum Vollzug des Taxireglements zuwiderhandelt, wird mit Busse bestraft. ² Strafbar ist auch die fahrlässige Zuwiderhandlung.			

	F Schlussbestimmungen			
Ausführungs- vorschriften	Art. 17 Der Stadtrat erlässt Vollzugsvorschriften zum Taxireglement.			
Gebühren	Art. 18 Der Stadtrat legt die Bewilligungs- und die jährlichen Benützungs- gebühren fest.			Art. 18 (Abs. 2 neu) ¹ Der Stadtrat legt die Bewilligungs- und die jährlichen Benützungsgebühren fest. ² Der Stadtrat kann während fünf Jahren über die Höhe der jährlichen Benützungsgebühren den Einsatz energieeffizienter Fahrzeuge fördern. Energieeffizient sind Fahrzeuge, die nach den bundesrechtlichen Vorschriften der besten ökologischen Kategorie zugehören. Der Stadtrat kann einen Abschlag von bis zu 60 Prozent auf den ordentlichen Gebühren gewähren
Bekanntgabe der Taxitarife	Art. 19 ¹ Die Tarifansätze für Taxifahrten sind im Wageninnern und min- destens auf der rechten Fahrzeugaussenseite in gut lesbarer Wie- se bekanntzugeben. Im Wageninnern müssen die Tarifansätze sowohl vom vorderen als auch vom hinteren Sitz des Wagens problemlos erkennbar sein. Mit der Aufschrift "Trinkgeld inbegrif- fen" ist deutlich zu kennzeichnen, dass das Trinkgeld in den Fahr- taxen inbegriffen ist. ² Während der Fahrt muss der geschuldete Fahrpreis für Fahr- gäste auf der Taxuhr jederzeit erkennbar sein.			
Aufhebung bis- herigen Rechts	Art. 20 Das Taxireglement vom 13. März 1973 wird aufgehoben.			
Übergangs- bestimmungen	Art. 21 ¹ Bereits erteilte Betriebsbewilligungen A und B behalten ihre Gültigkeit. ² Zusatzbewilligungen für mit Funk ausgerüstete Taxi entfallen mit der Inkraftsetzung des neuen Taxireglements. ³ Betriebsbewilligungen, die gemäss bisherigem Recht einem Geschäftsführer oder einer Geschäftsführerin einer Gesellschaft des Privatrechts zustanden, werden auf Gesuch hin auf die Ge- sellschaft übertragen. Das Gesuch ist mit Angabe der Anzahl der betrieblenen A- und B-Taxi innert dreier Monate nach Inkrafttreten dieses Reglements zu stellen. Nachher erlöschen die auf den Ge- schäftsführer oder die Geschäftsführerin einer Gesellschaft aus- gestellten Betriebsbewilligungen.			
Genehmigung	Art. 22 Dieses Reglement untersteht dem fakultativen Referendum und bedarf der Genehmigung des zuständigen kantonalen Departementes.			

Inkrafttreten	Art. 23 Der Stadtrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.		II. Referendum, Inkrafttreten	Dieser Nachtrag untersteht dem fakultativen Referendum. Der Stadtrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.
---------------	--	--	----------------------------------	---

St.Gallen, den 27. September 1994

Im Namen des Grossen Gemeinderats:

Die Präsidentin:

Engeler

Der Stadtschreiber:

Bergmann

